Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.56 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 60 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 15 | **Donnerstag den 19. Januar 1933** | **91. Jahrgang**

Die neue Vollstreckungsschutzverordnung

w. **Berlin**, 18. Jan. Anläßlich der Verordnung über den Vollstreckungsschutz vom 17. Januar wird von zuständiger Stelle ein Ueberblick über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes gegeben. Durch die Verordnungen vom 8. Dezember 1931 mit den Aenderungen vom 14. Juni und vom 27. September 1932 wurde für das gesamte Reichsgebiet zweimal eine Vollstreckungseinstellung für je 6 Monate gewährt.

Die neue Verordnung vom 17. Januar sieht jetzt die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor. Die zweite und dritte Einstellung sollen aber ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrages mit wiederkehrenden Leistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstande ist.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird, im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß der Teil der Wirtschaftsperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträgnisse zu erzielen, der kommende Herbst ist, ein erweiterter Vollstreckungsschutz gewährt: Ausdehnung der Einstellungsdauer auch auf mehr als 6 Monate, bis längstens 31. Oktober 1933, Unzulässigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe von anderthalb Jahresraten, ferner ist der Mobiliarvollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe, der bisher bis zur Ernte 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Zeit bis zur Ernte 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsschutz umfaßt das bewegliche Vermögen, das Zubehör und die noch im Besitze des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstückes. Voraussetzung für den Schutz ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel empfohlen werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt. Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden. Insbesondere kommt der Schutz dem Pächter zugute. In einer Sondervorschrift ist jetzt dieser Schutz auf Wein ausgedehnt, der ausschließlich aus Trauben hergestellt ist, die im Betriebe des Schuldners gewonnen sind.

Außerdem ist die in der Verordnung vom 27. September 1932 eng auf bestimmte, von einem besonderen Preisrückgang betroffene Notstandsgruppen beschränkte Sonderregelung (Einstellung auch bei an sich überwiegenden Gläubigerinteressen und Freistellung von der Zahlungsauflage) dahin abgeschwächt, daß sie auch Betrieben gemischter Wirtschaft zugute kommt.

Justizminister Dr. Gürtner über den Vollstreckungsschutz

Berlin, 18. Jan. (Eig. Meld.) Reichsminister Dr. Gürtner erläuterte heute mittag vor Vertretern der Presse die neue Verordnung über den Vollstreckungsschutz. Der Minister betonte, daß es sich bei dem Vollstreckungsschutz niemals um eine Maßnahme des Dauerrechts handeln könne. Er sei lediglich mit einem Narkotikum vergleichbar, das dazu diene, eine Krise zu überdauern, um die notwendigen Hilfsmaßnahmen überhaupt erst zu ermöglichen. Der Minister wies dann nach einem Ueberblick über das bisher geltende Recht des Vollstreckungsschutzes darauf hin, daß für die neue Verordnung die Erwägung maßgebend war, daß die Einstellungsfristen gerade jetzt im Frühjahr abgelaufen wären, also zur einer Zeit, die kein Zahlungstermin für den Landmann ist. Deshalb sieht die neue Verordnung die Möglichkeit einer dritten Einstellung der Zwangsvollstreckung vor und gewährt einen weiteren Vollstreckungsschutz bis zum kommenden Herbst. Die neue Verordnung hält, wie der Minister dann zum Schluß betonte, daran fest, daß die Wirkungen des Sicherungsverfahrens in der Ostbilfe nicht geändert werden.

Schwierigkeiten für das kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm

Berlin, 18. Jan. Wie dem Nachrichtenbüro des V. d. Z. erklärt wird, soll seitens der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, jener Dachorganisation, die die Darlehen für die öffentliche Arbeitsbeschaffung nach dem Gereke-plan zu vergeben hat, bestimmt worden sein, daß nur Darlehensanträge über 15 000 bis 20 000 RM bei dem kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramm Berücksichtigung finden würden. Im Hinblick auf die Bedürfnisse in den kleineren und mittleren Städten hat der Reichsstädtebund bei den zuständigen Stellen beantragt, den Darlehensbetrag erheblich herabzusetzen, da sonst kleinere Städte Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms kaum würden durchführen können.

Deutschland braucht Weltmarkt

Warmbold über Binnenversorgung und Rohstoffbedarf
Ein Nachwort zum Landbund-Konflikt

Berlin, 18. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Mittwoch die wirtschaftliche Aussprache mit einer Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold fortgesetzt.

Der Minister nahm zunächst Stellung gegen einige Bemerkungen über den Empfang der Landbundführer beim Reichspräsidenten und schilderte kurz die Vorgeschichte des Empfangs, an dem er selbst teilgenommen hat. Es habe eine Aussprache über die Klagen oder Wünsche des Landbundes stattgefunden, und auf Grund dieser Aussprache hätten diese Dinge innerhalb der Reichsregierung beraten werden sollen. Der Reichspräsident habe ausdrücklich betont, daß er keiner einzelnen Gruppe dienstbar sein könne, sondern nur für das Ganze da sei. Der Minister betonte, er halte sich für verpflichtet, diese Warnehmung mitzuteilen, weil damit die Folgerungen, die sonst an den Empfang geknüpft werden könnten, etwas anders aussehen würden.

Minister Warmbold vertrat ferner die Ansicht, daß unter den gegebenen Umständen nichts anderes übrig bleibe, als weiterhin zu versuchen, Aufträge vom Auslande zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeit im Inland zu ergänzen. Die Fähigkeit der Landwirtschaft, Arbeitslose aufzunehmen, sei außerordentlich gering geworden und werde auch dann nicht nennenswert zunehmen, wenn Großbetriebe in Mittel- und Kleinbetriebe umgewandelt würden. Es bleibe also nichts anderes übrig, als die Arbeitslosen außerhalb der Landwirtschaft zu beschäftigen.

Welche Beschäftigungsmöglichkeiten gebe es aber dann noch in Deutschland, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft zurückzögen? Deutschland könne sich bald mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst versorgen, es könne aber nicht die Rohstoffe verschaffen, auf die die Wirtschaft angewiesen sei.

Dazu brauchten wir Beträge in Höhe von mehreren Milliarden, und diese könnten wir nur bezahlen, wenn wir entsprechende Werte der deutschen Arbeit auf den Weltmarkt verkauften. Der Umstand allein, daß wir Rohstoffe brauchten, zwinge uns, mit der Weltwirtschaft in Verbindung zu bleiben. Es handele sich nur um den Umstand der Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft. Dann aber müsse man auch die Folgerung daraus ziehen und unbeschadet des Nutzens unserer eigenen Nahrungsmittelerzeugnig, den er an die erste Stelle setze, den Warenaustausch mit dem Ausland als notwendige Ergänzung betreiben. Dieser Warenaustausch sei auch gerade für die deutsche Landwirtschaft notwendig.

Weiter teilte der Minister mit, daß der Bankenkommissar seine Richtlinien von einem Kuratorium erhalte, das sich aus dem Rechsbankpräsidenten, den Staatssekretären des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums und dem Reichsbankvizepräsidenten zusammensetze. Er halte den Einfluß des Reiches für ausreichend.

Die Bankensanierung habe zu einer gewissen Beruhigung geführt, aber zu einer endgültigen Bereinigung des ganzen Bankenwesens werde man erst kommen, wenn der Deflationsprozeß beendet sei und wenn nach der notwendigen Sanierung die gesamte Wirtschaft eine ausreichende Liquidität aufweise.

Der Frage der Regionalbanken sei die grundsätzlich hohe Bedeutung nicht abzusprechen. Man müsse damit aber warten, bis die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien. Im Augenblick lasse sich diese Frage aber ohne neue Mittel in Höhe von 300 bis 500 Millionen RM. nicht lösen. Selbstverständlich müßten schon jetzt alle Vorbereitungen für eine spätere Lösung getroffen werden.

Zum Schluß äußerte sich der Minister über die Auslandsverschuldung dahin, daß es praktisch völlig unmöglich sei, neue Auslandsschulden aufzunehmen, solange die alten noch nicht konsolidiert seien und auf dem Devisenmarkt nicht größere Freiheit bestehe.

Nach einer längeren grundsätzlichen Aussprache über die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers teilte der Minister auf eine Anfrage noch mit,

daß die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft vor dem Kriege 17,5 Milliarden betragen habe bei einer Zinslast von 750 Millionen oder 4,2 v. H. im Jahre 1913. Jetzt betrage die Gesamtverschuldung etwa 11,4 Milliarden, der Zinsendienst nach dem Stande vom Ende 1932 600 bis 620 Millionen, so daß der Durchschnittssatz für Zinsen sich heute auf 5,2 v. H. belaufe, also um 1 v. H. über dem Vorkriegsstand liege.

Steuerliche Erleichterungen für die Landwirtschaft seien besonders wichtig, hingen aber zusammen mit der Reform des Steuerwesens überhaupt, die man nicht in einer Zeit der tiefsten Krise und bei leeren Kassen vornehmen könne.

Der Ausschuß nahm zum Schluß noch einen Zentrumsantrag an, der von der Regierung noch weitere Mitteilungen über Einzelheiten der Umschuldungen und Betriebssubventionierungen im Osten verlangt.

Die innerpolitische Lage

Berlin, 18. Jan. Wie das Nachrichtenbüro des V. d. Z. meldet, fand in der Dienstwohnung des preußischen Landtagspräsidenten Kerrl heute ein politisches Essen statt, zu dem der Landtagspräsident geladen hatte. Als Gäste waren außer dem Reichstagspräsidenten Göring und dem Führer der preußischen Landtagsfraktion der NSDAP. Kube auch der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler und der Industrielle Dr. Thyssen erschienen. Es ist das erste Mal, daß Adolf Hitler damit Räume des preußischen Landtags betreten hat.

*

Berlin, 18. Jan. (Eig. Meld.) Die Meldung, daß auch der frühere Reichskanzler von Papen an dem heutigen Frühstück des preußischen Landtagspräsidenten Kerrl teilgenommen habe, ist zwar dementiert worden, nach Mitteilungen aus unterrichteten Kreisen ist aber kein Zweifel daran, daß eine Begegnung zwischen Herrn von Papen und Adolf Hitler außerhalb dieses Frühstücks heute stattgefunden hat. Man glaubt, daß Herr von Papen seine Bemühungen fortgesetzt hat, Adolf Hitler und Reichskanzler von Schleicher zusammenzubringen. Diese Bemühungen scheinen aber negativ verlaufen zu sein. Das ergibt sich daraus, daß die Unterhaltungen von Papen—Hitler kaum fortgesetzt werden dürften, und zum anderen aus der Tatsache, daß man in unterrichteten Kreisen im Augenblick keine Möglichkeit einer Unterredung zwischen Hitler und dem Reichskanzler sieht. Die Haltung Hitlers wird auf das Ergebnis der lippischen Wahlen zurückgeführt. Auf der anderen Seite gehen die Bemühungen des Herrn von Papen nicht auf auf eine irgendwie geartete Anregung des Reichskanzlers zurück, und von General von Schleicher wird auch keine Initiative zu einer solchen Besprechung ergriffen werden. Wenn also nicht außergewöhnliche neue Momente in der innerpolitischen Situation auftreten, so wird sich kaum etwas besonderes bis zum Zusammentritt des Aeltestenrates ereignen. Es ist vielleicht bezeichnend für die Situation, daß heute in Kreisen der Reichsregierung erneut unterstrichen wird, daß der Reichskanzler ganz zweifellos die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages bekommen wird, wenn die parlamentarische Situation dies notwendig macht, das heißt also, wenn das Parlament im Wege des Mißtrauensvotums den Konflikt will. Man glaubt auch kaum noch, daß vor Zusammentritt des Reichstages noch eine Umbildung des Kabinetts erfolgt. Im Augenblick muß man also abwarten, ob der Aeltestenrat die Entscheidung erneut verschiebt, oder ob der Reichstag nun am 24. ds. Mtg. zusammentritt und den Konflikt herbeiführt, dem die weitere Entwicklung dann automatisch folgt.

Geheimrat Duisberg zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik

Solingen, 17. Jan. Anläßlich seiner Amtsniederlegung im Vorsitz der Industrie- und Handelskammer zu Solingen verabschiedete sich Geheimrat Duisberg von seinen bisherigen Mitarbeitern in einer Rede, die einen kurzen Ueberblick über die Vergangenheit und einen Ausblick auf das neue Jahr gab.

In seiner Rede bemerkte Geheimrat Duisberg u. a. zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vom 28. August 1932, es scheine, als ob das große Wagnis gelingen sollte, wenn auch zunächst nur zögernd und schrittweise. Trotz der politischen Widerstände und trotz zahlreicher handelspolitischer Schwierigkeiten, die aus der schweren Notlage der Landwirtschaft entstanden, müsse festgestellt werden, daß Zeichen für eine Besserung vorhanden seien. Insbesondere die chemische Industrie hätte schon mehrfach von einer Belebung ihrer Geschäftstätigkeit berichten können. Sie biete auch jetzt noch an. Nachdem die I.G. Farbenindustrie seit Oktober bis Ende des Jahres 1932 schon 4000 Arbeiter und Angestellte wieder in Brot und Arbeit genommen hatte, wären im Januar 1933 aufs neue 400 Arbeiter in den Leuna-Werken eingestellt worden. Voraussetzung für eine Fortsetzung der Besserung sei, daß die im Herbst vorigen Jahres eingeleitete Wirtschaftspolitik auch von der Regierung Schleicher konsequent fortgesetzt würde.

„Neutralisierung Oesterreichs"

Ein französischer Schachzug?

London, 18. Ja.Jn. (Eig. Meld.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" will in der Lage sein, über einen neuen sensationellen Schachzug Frankreichs auf dem mitteleuropäischen Feld zu berichten. Frankreich beabsichtige, die Neutralisierung Oesterreichs nach dem Vorbild der Schweiz „für ewige Zeiten" und wolle diesen internationalen Status des Landes wenn möglich vom Völkerbund garantieren lassen. Vertrauliche Sondierungen oder Besprechungen über diesen Gegenstand seien in mindestens drei Hauptstädten im Gange. Es sei noch nicht gewiß, wenn der erste offene Schritt erfolgen werde. Das Hauptziel einer solchen Politik würde sein, für alle Zeiten den gefürchteten Anschluß und wahrscheinlich auch eine Zoll- und Wirtschaftsunion Deutsch-Österreichs einerseits und Deutschland oder Italien andererseits zu verhindern. Das Blatt deutet an, daß der Plan auf die Haltung des früheren Finanzministers Flandin zurückgeht, der die jetzige Regierung davon überzeugt zu haben scheint, daß die beständige Anschlußgefahr" jede weitere Kapitalaufnahme für Oesterreich auf dem französischen Markt unmöglich mache. Andererseits erwarte die französische Diplomatie, daß die dauernde Neutralisierung Oesterreichs Ungarn isolieren und zum Friedensschluß mit der Kleinen Entente und schließlich zur Vereinigung mit ihr nötigen würde. Hierdurch würden die gegenwärtig zwischen Ungarn und Italien geknüpften Bande zerrissen werden. Bemerkenswerterweise verbindet das englische Blatt mit seiner Mitteilung bereits eine durchaus ablehnende Kritik des französischen Planes, der niemals die Zustimmung Deutschlands und Italiens erlangen werde und den auch realistische Franzosen als eine Utopie betrachten.

Ein mysteriöser Vorfall

Berlin, 17. Jan. In der Nähe des Alexanderplatzes wurde gestern kurz vor Mitternacht ein etwa 40jähriger Mann mit einer schweren Kopfverletzung bewußtlos aufgefunden. In seinen Taschen befanden sich erhebliche Geldbeträge in deutscher und ausländischer Valuta, so 18 900 schweizer Franken, 23 000 französische Franken, 500 österreichische Schilling und 100 amerikanische Dollar. Er wurde als der Hausdiener Hans Kowall agnosziert. Kowall erlangte im Krankenhaus für kurze Zeit die Besinnung, konnte aber nicht angeben, wie er zu seinen Verletzungen gekommen war. So ließ sich auch nicht ermitteln, wie er in den Besitz der Geldbeträge kam.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wie dürfte Deutschlands Verteidigungs-Armee aussehen?

Die jüngste Rede des Reichskanzlers vor dem Kyffhäuserbund stellte bekanntlich die Einführung der Miliz in Aussicht. Während Deutschland durch Versailles an der Aufstellung eines Volksheeres verhindert ist, steht der Gedanke einer Miliz nicht mit den übrigen internationalen Abkommen in Widerspruch, durch welche die weltpolitische Lage gegenwärtig bestimmt ist. Auf Grund der endlich erzielten Gleichberechtigung kann Deutschland namentlich die von der Abrüstungskonferenz als für alle Staaten zulässigen und von Frankreich als solche ausdrücklich bestätigten Maßnahmen zur Landesverteidigung auch für sich zur Anwendung bringen. Frankreich hat selbst die Beweisführung übernommen, daß Wehrpflichtheere nur Verteidigungsheere sind und ausgebildete Reserven keinen Angriffscharakter haben. Die französische Beweisführung im Herriot-Plan vom 14. November 1932 hat folgenden Wortlaut:

„Die für die Verteidigung der Grenzen des Heimatgebiets bestimmten Landstreitkräfte der europäischen Kontinentalmächte sind auf einen allgemeinen gleichartigen Typ zu bringen und zwar auf den einer Nationalarmee mit kurzer Dienstzeit."

Nach dem Vorschlag der französischen Delegation (Juli 1932) sind mindestens 6 Monate als für die Grundausbildung der Rekruten notwendig zu bezeichnen, dabei ist jede vor dem 18. Lebensjahr genossene militärische Ausbildung außerhalb des Heeres nicht als vormilitärische Ausbildung anzusehen. Der Verteidigung dienen nach dem französischen Bericht Waffenarten, welche die deutsche Reichswehr noch gar nicht besitzt. Hierher gehören vor allem alle Kampfwagen bis zu einem Gewicht von 70 Tonnen, alle Luftfahrzeuge, die sogar als unentbehrlich zur Verteidigung angesehen werden, und alle Befestigungen, sowie die Bestände an gelagertem Kriegsmaterial. Frankreich besitzt rund 77 Kampfwagenkompagnien und 145 Fliegerstaffeln mit einer Friedensstärke von 3000 Flugzeugen und einer voraussichtlichen Kriegsstärke von rund 5000 Flugzeugen. Um Rüstungsgleichheit mit Frankreich zu erzielen, das angeblich nur Verteidigungswaffen besitzt, müßte Deutschland die Friedensstärke der Reichswehr auf das Zehnfache (von 100 000 Mann auf 1 Million, das entspricht dem französischen Verhältnis der Stärke des Heeres zur Bevölkerung von 1,5 Prozent), die Zahl seiner leichten Geschütze von 288 auf mindestens 1900, der schweren Geschütze von 22 auf 1050 und der leichten Batterien von 72 auf 360 erhöhen. Schwere Batterien hat Deutschland überhaupt nicht, Frankreich hat deren 308. Endlich müßte Deutschland ermöglicht werden, einen dem französischen Festungsgürtel annähernd gleichkommenden Verteidigungswall zu errichten.

Es ist also noch lange kein Grund vorhanden für besorgte Gemüter, Deutschland könne durch Einführung einer Miliz die Sicherheit Europas gefährden.

2,2 Milliarden für Luftrüstung

Dem französischen Senat ist in diesen Tagen der neue Etat zugeleitet worden. Besonderes Interesse beansprucht der Luftetat. Die Gesamtausgaben Frankreichs für das Flugwesen beziffern sich auf etwa 2,2 Milliarden Francs. Der Etat wurde um rund 400 Millionen Francs niedriger angesetzt als im Vorjahre. Ein wesentlicher Teil der Ersparnisse wird durch die Einstellung der Versuchsbauten, die bisher alljährlich mehr als 100 000 Francs verschlangen, erzielt. Die französischen Konstrukteure standen bisher auf dem Standpunkt, daß es nicht zweckmäßig sei, eine große Zahl von Flugzeugen zu erbauen und in Bereitschaft zu stellen. Es wurden Prototypen entwickelt, die als Muster für die Massenfabrikation dienen sollten. Für diese Massenfabrikation wurde jeweils alles bis aufs kleinste vorbereitet.

Die Politik der französischen Luftfahrt-Sachverständigen ist im Augenblick darauf gerichtet, eine möglichst große Anzahl von Flugplätzen herzurichten, damit ein Gegner keinen die französische Luftmacht mit einem Schlage vernichtenden Angriff führen kann. Die bisher vielfach übliche Zusammenballung ganzer Flugregimenter auf einem Flugplatz ist als falsch erkannt worden.

In Frankreich wird übrigens zur Zeit ein neues riesenhaftes Nachtbombenflugzeug S.A.B. 20 bei der Truppe erprobt. Von diesem Flugzeugtyp sind zunächst 60 Flugzeuge in Dienst gestellt worden. Die Maschine hat einen Aktionsradius von 1000 Kilometer und ein Tragvermögen von 2500 Kilogramm. Hierin ist nicht eingeschlossen das Gewicht der Besatzung und der Maschinengewehre. Die Ergebnisse der bisherigen Flugversuche und Bombenabwurfübungen werden geheim gehalten. Es ist aber anzunehmen, daß das Flugzeug den gestellten Erwartungen entspricht, da weitere Serien des gleichen Typs in Auftrag gegeben sein sollen. Ein Geschwader von zehn derartigen Flugzeugen kann von der französischen Grenze aus in kaum einer Stunde 25 000 Kilogramm Bomben in dem gegen Luftangriffe besonders empfindlichen und völlig unverteidigten rheinisch-westfälischen Industriegebiet abwerfen.

Litzmann gegen Hindenburg

Braunschweig, 18. Jan. In einer nationalsozialistischen Versammlung in Wolfenbüttel verwahrte sich General v. Litzmann, der Alterspräsident der Eröffnungssitzung des neuen Reichstags, gegen die Kritiken, die an seiner Reichstagsrede geübt worden sind, in der er den Reichspräsidenten und die Reichsregierung sehr scharf angegriffen hatte. General Litzmann wiederholte seine Bemerkungen gegen Hindenburg mit noch schärferer Betonung. Er erklärte: „Ich habe viele wertvolle Kameradschaften opfern müssen in den Wochen seit der Reichstagseröffnung. Ich habe mich von Herrn v. Hindenburg innerlich schon abgewendet, als er am 28. Oktober 1918 seinen Generalquartiermeister, den General v. Ludendorff, in die Wüste schicken ließ, ohne auch nur den kleinsten Finger zu rühren für den Mann, dem er seinen ganzen Kriegsruhm verdankt. Denn Ludendorff ist einer der größten Feldherren aller Zeiten und Völker. Als Politiker ist er leider verraunt. Ich habe mich abgewendet von Herrn von Hindenburg innerlich schon, als er seinen Kais.; in den schwersten Stunden, in der Nacht zum 10. November 1918, im Stiche ließ. Der Kaiser sehnte sich danach, daß ihm sein Generalfeldmarschall den Rücken steifte. Der aber wußte nichts anderes, als ihm zur Flucht ins Ausland zu raten. Ich habe mich abgewendet von Herrn von Hindenburg, als er sich vor Jahren von seinen Wählern, den vaterländisch denkenden Deutschen, abwandte, um sich den Roten und Schwarzen zu ergeben."

„Die Hände weg von Hindenburg"

Berlin, 18. Jan. (Eig. Meld.) Die dem Stahlhelm nahestehende „Kreuzzeitung" veröffentlicht heute eine Stellungnahme zu den neuen Angriffen des Generals Litzmann auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und erklärt u. a. inbezug auf die Rolle Hindenburgs im November 1918, der Herr Reichspräsident habe in seiner bekannten großherzigen Art von vornherein volle Klarheit über die Ereignisse der kritischen Novembertage 1918 geschaffen. Er habe am 27. Juli 1919 in der „Kreuzzeitung" eine Darstellung veröffentlicht, für deren Inhalt er gemeinsam mit Generaloberst von Plessen, Staatssekretär a. D. Hintze, General Freiherr von Marschall und General Graf Schulenburg die Bürgschaft übernommen habe. Jene Darstellung der unmittelbar Beteiligten ist die echte geschichtliche Schilderung für jene Ereignisse und als solche im nationalen Leben unangetastet. Die Veröffentlichungen haben die Vorgänge in einer Weise klargestellt, die auch nicht den geringsten Zweifel an Hindenburgs bis ins letzte getreuem Verhältnis gegen seinen Obersten Kriegsherrn aufkommen lassen. Dementsprechend sind auch die Beziehungen des Generals zu den übrigen Führern der alten Armee stets ungetrübt geblieben, und das gilt auch für die Person des Generals Litzmann. Es ist nicht richtig, wenn Litzmann sagt, daß er sich schon Anfang 1918 von dem Generalfeldmarschall abgewandt habe. Dagegen spricht die Tatsache, daß er noch jahrelang in engem kameradschaftlichem Briefwechsel mit Hindenburg gestanden hat. Diese Beziehungen haben erst ein Ende erreicht, als General Litzmann es für richtig hielt, sich politisch zu betätigen.

Die Veröffentlichung der „Kreuzzeitung" bringt sodann eine authentische Darstellung der Ereignisse des Novembers 1918 und stellt zum Schluß fest, daß der Reichspräsident sich niemals von den vaterländisch denkenden Deutschen abgewandt und den „Roten und Schwarzen ergeben" habe. Der Herr Reichspräsident hat sich nie irgend einer Partei ergeben, sondern stets die Linie eingehalten, die ihm sein Gewissen zum Wohle des deutschen Volkes vorschrieb. Abgesehen davon muß aber die Persönlichkeit des Feldmarschalls und Reichspräsidenten für alle guten Deutschen unantastbar über allen persönlichen Angriffen stehen, denn er ist gerade in den schwersten Entscheidungen das Vorbild eines charaktervollen und verantwortlich handelnden deutschen Mannes gewesen.

*

Freiburg i. B., 18. Jan. Staatsanwaltschaft und Verteidigung haben gegen das Urteil im Hummelprozeß, in dem der Schneider Hummel wegen seiner Daubmannschwindeleien zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Posen, 18. Jan. Das Posener Standgericht verurteilte gestern nachmittag nach zweitägiger Verhandlung die Mörder des Präfekten des Posener Lehrerinnenseminars zum Tode durch den Strang. Während der eine Verbrecher geständig war, leugnete der andere bis zum letzten Augenblick. Der Staatspräsident hat das Gnadengesuch abgelehnt. Heute früh 6 Uhr wurde dann das Urteil im Posener Gerichtsgefängnis durch den Warschauer Henker vollstreckt.

Tokio, 18. Jan. Die hiesige Filiale der Singer-Nähmaschinengesellschaft war heute der Schauplatz wüster Ausschreitungen. Um die Zeit, als das ausländische Personal sich zum Mittagessen begeben hatte, drangen etwa 200 Japaner in die Geschäftsräume ein, wo sie fast das ganze Mobiliar und wichtige Register zerstörten. Die Polizei, die den Schaden nicht mehr verhindern konnte, nahm über 100 Verhaftungen vor. Der Ueberfall wird auf die Unzufriedenheit der einheimischen Agenten der Gesellschaft mit ihren Vertragsbedingungen erklärt.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg. Gemeinderatssitzung am 17. Januar. Die anhängige Rechtssache fand nach Verhandlung durch Entscheidung ihre Erledigung.

Anschließend gab der Vorsitzende einen Rückblick über die Geschäftstätigkeit der Stadtverwaltung im Kalenderjahr 1932 und sonstige, die Stadtverwaltung berührende Verhältnisse. Die früheren Gemeinderatsmitglieder Fritz Höhn und Eugen Seeger sind mit Tod abgegangen. Ihr Andenken wird in der üblichen Weise geehrt. Die Geschäfte wurden erledigt in 24 Gemeinderats- und 15 Ausschuß-Sitzungen. Beamte und Angestellte waren voll beschäftigt. An Stelle des zu einem anderen Amt übergetretenen Ratschreibers Schäfer ist Ratschreiber Schönberger eingetreten. Die standesamtliche Tätigkeit umfaßte die Behandlung von 11 Eheschließungen, 93 Geburten, darunter von hier 39, 85 Todesfällen, darunter von hier 20, 8 Kirchenaustrittserklärungen. Polizeilich angemeldet wurden 281 Personen, abgemeldet 275. Polizeiliche Strafsachen sind angefallen 207. Das Gemeindegericht hat für privatrechtliche Forderungen erlassen: 30 Zahlungsbefehle, 8 Vollstreckungsbefehle; Verhandlungen haben 8 stattgefunden, Sühneversuche 4. Von 14 angezeigten Unfällen wurden 11 untersucht, weiter Rechtshilfe geleistet in Unfallsachen in 22 Fällen; Invaliden-, Witwen- und Waisenrentenanträge wurden behandelt für hier 35, für auswärts 6. An Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Unfallrente sind an hiesige Empfänger geflossen 76 270 RM.; Fürsorgefälle hiesiger Personen wurden anhängig 140; ausgestellt wurden Angestelltenversicherungskarten 61, Quittungskarten 643, Steuerkarten 1148. Durchgeführt wurden 5 Wahlgänge, 1 Personenstands- und Betriebsaufnahme, 1 Viehzählung, 1 Schweinezählung, sodann die Neunumerierung der Gebäude nach Straßen, die durchgreifende Gebäudeneuschätzung. Besonders umfangreich war die Fürsorgetätigkeit und die damit verbundenen Kontrollmaßnahmen zur Verhütung von Nachteilen für die Einzelnen und für die Stadt. Bei der Stadtpflege waren neben den laufenden Geschäften zu erledigen: der Abschluß der Rechnung 1930; der Einzug von Steuern und sonstigen Posten ist durch die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders erschwert. Bausachen wurden behandelt 12. Das Stadtbauamt war außer mit den laufenden Arbeiten an Straßen- und Gebäudeunterhaltung, der Wasserversorgung, des Elektrizitätsnetzes usw. in Anspruch genommen mit dem Ausbau des Elektrizitätsneges, der Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen an Feld- und Waldwegen, Ausräumung der Enz, mit Abbruch des Schuon'schen Hauses und der Teilnahme an der Gebäudeneuschätzung. Die private Bautätigkeit war ganz gering, es wurde nur ein Neubau erstellt und ein weiterer begonnen. Von Brandfällen und Schaden durch besondere Naturereignisse sind wir verschont geblieben. An der Realschule wurde eine Lehrstelle wieder planmäßig besetzt, an der Gewerbe- und Frauenarbeitsschule ist die Schülerzahl zurückgegangen; die Hilfslehrstelle an der Frauenarbeitsschule wurde deshalb vorläufig abgebaut. Für das Elektrizitätswerk ist das Leitungsnetz erheblich ausgebaut worden, der Verbrauch ist etwas zurückgegangen. Der Haushaltungstarif ist ab 1. April 1932 von 12 auf 10 Pfg. pro K.W.St. ermäßigt. Erwerbslose waren Ende 1932 vorhanden ca. 180, davon männliche 154 (i. V. 115), weibliche 26 (i. V. 20). Es erhalten Arbeitslosenunterstützung 15, Krisenunterstützung 58, Wohlfahrtsunterstützung 70, ohne Unterstützung waren 37. Daneben befinden sich hier eine große Anzahl Kurzarbeiter. Für die Fürsorge werden z. Zt. monatlich ca. 3000 RM. aufgewendet; darunter sind nicht inbegriffen die Anteile der Stadtgemeinde an dem Krisenfünftel, welche unter dem Amtsschaden erscheinen mit etwa 10 000 RM. jährlich. Zur Deckung der gestiegenen Lasten mußte ab 1. Oktober 1932 die Getränkesteuer mit 10 v. H. und für das Jahr 1933 die Bürgersteuer mit 500 v. H. eingeführt werden. Die Stadtverwaltung ist sich bewußt, daß die Einwohner mit Steuern hart angelegt sind; die Gewerbetreibenden und Geschäftsinhaber trifft dies umsomehr, als der Geschäftsgang sowohl durch die Entwicklung der wirtschaftlichen wie der allgemeinen Verhältnisse mit geringen Ausnahmen als schlecht bezeichnet werden muß.

Die finanziellen Grundlagen der Stadtverwaltung sind noch geordnet. Insbesondere konnten bis jetzt schwebende Schulden vermieden werden.

Was die Aussichten für 1933 anbelangt, so werden in der inneren Verwaltung eine Geschäftsordnung für den Gemeinderat und verschiedene Gemeindesatzungen aufzustellen sein, nachdem nun die Vollzugsverordnung zur Gemeindeordnung erschienen ist.

Größere Arbeiten können nur insoweit in Angriff genommen werden, als durch den Voranschlag oder auf andere Weise die Finanzierung gesichert ist. Es wird dabei insbesondere gedacht an die Fortsetzung der Gehwege in der Stadt und die Fortsetzung des Ausbaues der Wildbaderstraße, für welche das Stadtbauamt bereits zwei Entwürfe ausgearbeitet hat und heute erläutert. Neue Belastung der Zukunft durch

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Oesterreich von H. Kayser.

86)

„Mir hat kein Mensch mehr etwas zu befehlen, Signora!" sagte Alexander bestimmt. „Ich bin nicht mehr Offizier, habe den Abschied genommen und drum werde ich mich von keinem Menschen kommandieren lassen, und selbst von der Majestät nicht!"

Der Fürst sieht ihn aufmerksam an, dann lächelt er. „Lieber Baron .. versprechens net zu viel. Die Majestät kann Ihnen befehlen!"

„Nicht befehlen, Hoheit! Jetzt kommandiere ich über mein Leben selber. Das ist schön, das ist herrlich, denn jetzt bin ich frei! Or ich tue nichts, was wider die Gesetze, was wider den Kaiser ist, ich begehre nichts, als in Ruhe zu schaffen. Damit erschöpft sich für mich alles. Ich habe so viel gewonnen! Wie neugeboren bin ich! Die kleinen Dinge des Lebens machen mir wieder Freude! Ist das nicht viel, ist das nicht alles?"

Der Meister hat die Unterhaltung der Drei gehört. Jetzt greift er ein und sieht den Sprecher mit glänzenden Augen an. „Ja, da habens recht, da habens mir aus der Seel' gesprochen, Baron .. das ist alles! Bleibens frei! Bleibens Ihr eigener Herr! Wissens, Baron, kann net klagen jetzt, aber manchmal denk i doch an die Zeit, da i ein armer Geiger war und aufgespielt hab in den Etablissements .. verdient hab i net viel, aber frei war ich .. so frei, daß i heut noch von der Freiheit zehr! Frei sein ist mehr wert als reich sein! Sie verstehens mich?"

„Und ob ich Sie verstehe, Meister!" sagte Alexander dankbar.

*

Verlobungstafel auf Schloß Holgendorff.

Tessa sitzt neben einem ihr ganz gleichgültigen fremden Offizier und hört dessen Unterhaltung mit halbem Ohr.

Plötzlich sieht sie, wie der Diener ihrem Vater, der neben Frau Anna von Hochberg sitzt, ein Telegramm reicht. Sie wird aufgeregt, überlegt, was geschehen sein kann. Sie sieht, wie es der Vater aufgeregt erbricht, dann geht ein glückliches Leuchten über seine Züge. Sie atmet auf. Gottlob, eine schlimme Nachricht kann es nicht sein.

Graf Marosch steckt das Telegramm ein und sagt nichts. Er spürt zwar die Augen des Feldmarschall-Leutnants voll Neugier auf sich gerichtet, aber er ißt ruhig weiter und sagt kein Wort.

Als die Tafel aufgehoben ist, da tritt der Gastgeber auf Graf Marosch zu: „A Telegramm hast kriegt, Jaromir?"

Der Graf nickt und reicht es dem Feldmarschall-Leutnant, und der liest: „Meister Johann Strauß hat eben seine Ankunft gemeldet. Erwarten ihn 6 Uhr abends. Alexander."

Otto von Holgendorff ist überrascht.

„Jessas, der Strauß! Das ist aber schad', daß Du ihn net sehen kannst!"

„Den Strauß, den muß i sehen! Otto, ob Du es mir krumm nimmst oder net, i fahr in einer Stund' mit meiner Tessa heim."

„Aber na, des gibts net!"

„Otto, net bös darfst mir sein, aber der Strauß ist mein allerbester Freund. Hör', Otto, kommst morgen mit Deine Leut nach Theresienthal. Da ist der Strauß a noch da! Und da feiern wir die Verlobung weiter."

Der Gastgeber ist nicht recht damit einverstanden, aber er gibt nach. Die Gesellschaft bedauert allgemein das Abrücken der Beiden, aber die Aussicht, morgen noch einen schönen Tag zu haben, versöhnt wieder.

Als sie im Coupé allein sitzen, da atmet Tessa tief auf und sagt: „Gott sei Dank, Papa!"

„Hast Dich net wahl gefühlt, Tesserl?"

Na! Ich hab mich net wohlgefühlt. Neben mir saß ein ganz fader Kerl, weißt, der hat gedacht, er muß viel reden, wenn er gut unterhalten will. Und ... und ...!"

„Was denn und ...!"

„Ich schäm' mich, wenn ich sowas seh', Papa!"

„Ja, aber was denn?"

„Der alte Herr von Holgendorff heirat' das junge Mädel, tut so verliebt und sie lacht ihn im Herzen nur aus. Sie nimmt ihn ja nur wegen der Versorgung, wegen dem Geld."

„Da hast schon recht, Kind, aber ist net selten auf der Welt. Und ... vielleicht denkt's er ... daß er noch einen Erben haben wird."

Sie nickt.

„Papa", sagt sie dann. Hast Dich sehr gefreut, als Du gelesen hast, daß der Strauß da ist?"

„Ja ... der Johann und i, wir waren Freunde und sind's heut noch genau so. Als ganz junger Bursch hab i den Strauß kennen gelernt. Grad als seine Laufbahn begann, als seine Walzer berühmt wurden. Wird unser stilles Theresienthal wieder voll Melodien sein. Du weißt net, wie ich mich freu! Man muß sehr jung ... oder alt sein, wenn man sich so recht freut, da ist's doppelt schön, Tessa!"

*

Die Galli hob in Vertretung Tessas die Tafel auf.

Der Strauß sagte: „So an Essen hab i noch nie net g'habt! Baron ... den Koch, den müssens mir mal vorstellen!"

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schuldaufnahmen muß vermieden werden. Die großen Aufgaben der Stadt, wie Kläranlage und Ausbau der Kanalisation, Schlachthaus usw. können zunächst nicht weiter vorangebracht werden.

Die Hauptsorge bleibt die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Stadt, damit sie wenigstens in bescheidenem Maß ihre Aufträge an die hiesigen Handwerker geben und ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Fürsorge erfüllen kann.

Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen mit dem Dank an die Stadträte und die städtischen Beamten und Angestellten für ihre mühevolle und nicht immer dankbare Arbeit im öffentlichen Dienst im vergangenen Jahr und rechnet auch im neuen Jahr auf die rege und verantwortungsbewußte Mitarbeit und ein gutes Einvernehmen mit dem Gemeinderat.

An die Ausführungen schloß sich eine kurze Besprechung im Gemeinderat an. Die Redner gaben ihrer Befriedigung Ausdruck, daß es noch gelungen sei, die Stadtverwaltung im vergangenen Jahr geordnet zu führen und sprachen ihrerseits den Beamten und Angestellten der Stadt ihre Anerkennung hiefür aus und gaben auch ihre Uebereinstimmung mit den vom Vorsitzenden vorgetragenen Richtlinien für die Zukunft kund.

Die Rechnungssachen waren durch den Rechnungsausschuß vorbereitet und wurden nach dessen Anträgen erledigt, ebenso der Verkauf von Stamm- und Grubenholz auf Grund der von der Stadtpflege gepflogenen Verhandlungen.

Zu den Waldwegarbeiten auf der Miß wird eine Unterkunftshütte erstellt und die Erstellung dem Zimmermeister Friedrich Bischoff zu Angebotspreisen vergeben.

Nachdem noch eine Grundstücksschätzung und eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt, wurde die Sitzung um 10 Uhr geschlossen. K.

Neuenbürg, 18. Jan. Daß die Mitglieder des hiesigen Geflügel- und Kaninchenzucht-Vereins über gutes Tiermaterial in Kaninchen verfügen, beweisen die Erfolge, die in letzter Zeit auf den verschiedenen Ausstellungen erzielt wurden. Auf der Allgem. Kaninchen-Ausstellung in Liebenzell erhielten zwei Mitglieder, welche dort ausgestellt hatten, mehrere 1. und 2. Preise. Bei der Gauausstellung des Bezirksverbands, welche in Wildbad stattfand, hatten 4 Züchter 34 Tiere ausgestellt, bestehend aus alten Preistieren, und erzielten 9 Ehrenpreise, 11 erste und 7 zweite Preise. Auch fiel dort der 1. Gaugesamtleistungspreis in Kaninchen für beste Gesamtleistung eines Einzelzüchters einem Mitglied unseres Vereins zu. Ebenso wurde die Bundesausstellung in Göppingen mit gutem Erfolg beschickt. Die Gauausstellung des Gaues Nr. 2 im Bund württ. Kaninchenzüchter, welche am 15. Januar in Wildberg stattfand, hatten die Züchter Frantz, Neuhäuser und Otto König mit gutem Erfolg beschickt und erhielten unter starker Konkurrenz 5 erste, 3 zweite und 8 dritte Preise. Mögen diese schönen Zuchterfolge für die andern Züchter ein Ansporn sein und den uns noch fernstehenden Züchtern sei gesagt, daß ein gut durchgezüchtetes Rassekaninchen auch keiner anderen Fütterung und Pflege bedarf als ein gewöhnlicher Stallhase.

(Wetterbericht.) Im Nordosten behauptet sich der Hochdruck. Depressionsgebiete zeigen sich über dem Mittelmeer und bei Island. Für Freitag und Samstag ist zwar zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes und ziemlich frostiges Wetter zu erwarten.

Waldrennach, 18. Jan. „Klein aber fein" war das Motto der Ausstellung, welche vom Kleintierzuchtverein Waldrennach im Saale des Gasth. z. „Sonne" veranstaltet wurde. Das ausgestellte Material war im Durchschnitt gut. Wenn auch der eine oder andere Züchter nicht die gewünschte Note erhalten konnte, so darf das keinesfalls die Züchterinteressen stören, denn nur so lernt man seine Zucht kennen und Lehrgeld muß ein jeder bezahlen. Preise erhielten für Hühner: Herm. Ehrhardt für gestr. Italiener 2mal Ehrenpreis, 1mal 1. P. und 2mal 2. Pr.; Ernst Scheck jr. für gestr. Italiener 3mal 1. P.; Karl Schmid für schw. Italiener 2mal Ehrenpr.; Karl Neuweiler für schw. Italiener 2mal 1. Pr. und 2mal 2. Pr.; Chr. Neuweiler schw. Italiener 1mal 2. Pr.; Adolf Krauth für schw. Italiener 1mal 1. Pr.; Wilh. Ehrhardt für rebh. Italiener 2mal Ehrenpr., 5mal 1. Pr. und 2mal 2. Pr.; Karl Pfrommer für rebh. Italiener 2mal 2. Pr.; Gotth. Seeger für Silberbrakel 2mal Ehrenpr., 1mal 1. Pr. und 1mal 2. Pr.; Karl Maisenbacher für. schw. Rheinländer 1mal 1. Pr. und 2mal 2. Pr.; Adolf Krauth für weiße Italiener einen 2. Pr.; Paul Schmid für Leghorn einen 2. Pr. — Abt. Kaninchen: W. Ruff jr. für Deutsche Widder 1mal Ehrenpr., 1mal 1. Pr.; Max Schwemmle für Deutsche Widder 1mal Ehrenpr., 1mal 2. Pr.; Karl Pfrommer f. weiße Riesen 1mal Ehrenpr.; Karl Schmid für Fr. Riesensilber 1mal Ehrenpr., 1mal 2. Pr.; Artur Scheerer für Fr. Riesensilber 1mal 1. Pr.; Ernst Scheck für Fr. Riesensilber 1mal 2. Pr.; Ernst Fauth für Japaner 1mal Ehrenpr., 2mal 2. Pr.; Herm. Stoll für Japaner 1mal 2. Pr.; Gotth. Seeger für bl. Wiener 1mal 2. Pr. Die Ausstellung erfreute sich eines guten Besuches.

Württemberg

Calw. (Unfall beim Eislauf.) Beim Schlittschuhlaufen auf der Stammheimer Eisbahn verunglückte eine hiesige Mittelschülerin. Das Mädchen zog sich bei einem unglücklichen Sturz einen Knochenbruch zu und mußte mit dem Sanitätskraftwagen fortgebracht werden.

Hallwangen, OA. Freudenstadt. (Brand.) Montag nacht brach in dem Werkstattgebäude von Hermann und Wilhelm Hafer in Hallwangen, Eigentum der Frau Pauline Hafer Witwe, Aloisbach, Feuer aus, durch das das Gebäude zerstört wurde. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Stuttgart. (Militär-Großkonzerte.) Das Wehrkommando V veranstaltet am 2. und 3. Februar 20 Uhr in der Stadthalle Stuttgart Militär-Großkonzerte (10 Militärkapellen, 3 Spielmannszüge) zu Gunsten gemeinnütziger Zwecke.

Stuttgart. (Kundgebung des Reichsstädtebundes). Der Unterverband Württemberg des Reichsstädtebundes hält am nächsten Freitag um 10 Uhr im Festsaal des Hindenburgbaues in Stuttgart eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der als hervorragender kommunalpolitischer Führer bekannte Präsident des Bundes, Dr. Höhel, über die großen Zusammenhänge und die heute die Gemeinden bedrückenden Probleme sprechen wird. Im Anschluß daran wird der Geschäftsführer des Württ. Städtetags, Rechtsrat Dr. Frank, über die Notlage der Gemeinden in Württemberg berichten.

Möckmühl OA. Neckarsulm. (Ein neues Dorf?) Zwischen Walddürn und Waldstetten, von beiden Orten je eine halbe Stunde entfernt, liegt ein Ackergelände, das sehr fruchtbar ist, aber wegen der weiten Entfernung nicht intensiv bewirtschaftet werden kann. Die Anlage einer Siedlung ist hier geplant.

Waldenburg, OA. Oehringen. (Hofgut-Verkauf.) Das rund 200 Morgen große Hofgut Untermühle bei Waldenburg, Besitzer H. Krämer, ist teilweise durch Kauf in den Besitz von Landwirt Betz-Weinsberg übergegangen. 90 Morgen wurden käuflich getauscht, während die restlichen 110 Morgen pachtweise an den neuen Besitzer abgetreten wurden. Die Kaufsumme beträgt für die 90 Morgen einschließlich Gebäude etc. 45 000 Mark. Mit dem Kauf des stattlichen Hofguts ist auch eine umfangreiche Jagd zur Ausübung an Landwirt Betz zugefallen. — Das Hofgut Untermühle hat eine recht schöne Lage, weshalb es ein begehrtes Areal ist. Ein großer See rahmt es auf einer Seite ein; in früheren Jahren stand auch eine Mühle beim Gut, die jedoch eingegangen ist.

Waiblingen. (Auch ein Zeichen der Zeit.) Eine erbärmliche Tat wurde in der Nacht auf Sonntag vollbracht. Bis jetzt unbekannte Täter schlugen am Hauptportal der Michaeliskirche drei kleinere, farbige, in Blei gefaßte Fenster ein. Der Sohn des Mesners bemerkte, als er um 3 Uhr die Oefen anheizen wollte, die Beschädigung. Trotzdem er sofort Anzeige erstattete und die hiesigen Polizeibeamten sich sofort um die Aufklärung des Falls bemühten, konnten die schamlosen Täter noch nicht mit Sicherheit ermittelt werden.

Lautlingen, OA. Balingen. (Eine Frau verbrannt). Dienstag vormittag ereignete sich in hiesiger Gemeinde ein schrecklicher Brandunfall. Die 37 Jahre alte Ehefrau Emilie Schemminger, die in ihren schlecht brennenden Zimmeröfen Benzin nachgegossen hatte, wurde von einer Stichflamme erfaßt und stürzte, lichterloh brennend, auf die Straße. Obwohl sich sofort Hilfsbereite um sie bemühten, brannten der Bedauernswerten fast sämtliche Kleidungsstücke sofort vom Leibe. In hoffnungslosem Zustand wurde sie ins Krankenhaus Ebingen übergeführt, wo sie ihren furchtbaren Verletzungen erlag.

Ravensburg. (Alter schützt vor Torheit nicht.) Ein hiesiger über 70 Jahre alter Bürger versuchte mit Hilfe von gelöschten Wechseln seiner Kasse die fehlenden Reserven zuzuführen. Auf zwei Wechselformulare setzte er als Akzeptanten die Unterschriften von zwei hiesigen kreditwürdigen Geschäftsleuten und versuchte diese Wechsel in Verkehr zu bringen. Die Fälschung wurde bald aufgedeckt. Durch rasches Zugreifen war es der Kriminalpolizei möglich, einen der gefälschten Wechsel sicherzustellen. Unter der Beweislast hat hierauf der Täter ein umfassendes Geständnis abgelegt und sieht nun seiner zweifellos nicht unbedeutenden Bestrafung entgegen. Die Tat ist umso verwerflicher, als der Täter diese Fälschungen nicht aus Nahrungssorgen begangen hat.

Biberach. (Die drei vermißten Ulmer Kinder aufgefunden.) Dienstag vormittag wurden hier in völlig erschöpftem und halberfrorenem Zustand drei Kinder im Alter von 13½, 11 und 6½ Jahren von der hiesigen Schutzmannschaft aufgegriffen. Es handelt sich hierbei um die seit Sonntag vormittag vermißten Kinder einer Ulmer Arbeiterfamilie, die zu ihren Verwandten nach Ravensburg wollten. In Baustetten, OA. Laupheim, bettelten sie am Sonntag und nächtigten hierauf im Wald, da sie von einem Landjäger sich verfolgt sahen. Dann wanderten sie weiter bis Warthausen und suchten in der letzten Nacht in einem offenen Schuppen beim Bahnhof Unterschlupf. Die Kinder wurden in den Vormittagsstunden in Birkendorf aufgegriffen und verpflegt. Heute nachmittag wurden sie durch Vermittlung des Jugendamtes nach Ulm in eine Kinderbewahranstalt verbracht. Das elfjährige Mädchen hatte infolge der Kälte die Zehen an beiden Füßen erfroren. Bis zur Stunde konnte man bei den anderen beiden Kindern gesundheitliche Schäden nicht feststellen. Zerrüttete Familienverhältnisse sollen die Kinder zu diesem Schritt getrieben haben.

Die drei vermißten, aber jetzt wieder gefundenen Kinder waren am Sonntag von ihrem Vater — die Kinder stammen aus dessen erster Ehe — in die Kirche geschickt worden. Offenbar hatten die Kinder bereits vorher beschlossen, zu ihrer Großmutter nach Ravensburg zu entfliehen. Als die Kinder nicht mehr zurückkehrten, fuhr ihnen der Vater, der ihre Absicht wohl ahnte, bis Laupheim nach, kehrte aber unverrichteter Dinge bald wieder zurück. Es ist als ein großer Glücksfall anzusehen, daß die Kinder trotz der starken Kälte bei ihrem nächtlichen Aufenthalt im Wald nicht erfroren sind. Der 13jährige Knabe bereitete aus seinem Mantel ein Nachtlager, für das die Mäntel der kleineren Kinder als Decken dienten; dadurch konnte das Schlimmste verhütet werden. Außer den erheblichen Verfrierungen des elfjährigen Mädchens haben die drei Kinder lediglich geschwollene Hände bekommen. Sie befinden sich nun im städtischen Kinderheim in Ulm und werden vom Ulmer Wohlfahrtsamt betreut, bis über das fernere Schicksal der Kinder entschieden sein wird.

Großer Bauerntag des Landw. Hauptverbands in Ludwigsburg

Schluß mit der Preiskatastrophe in der Landwirtschaft — Ohne Bauernvolk keine wirtschaftl. Zukunft

Bauer in Not! Seit langem schon ergeht der Ruf durch die deutschen Lande, auch durch den Süden des Reiches. Er wurde zu wenig beachtet, zu wenig verstanden in seiner ganzen, verhängnisvollen Bedeutung für das Volksganze. Jetzt hat die neuerliche Preiskatastrophe wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse alle Befürchtungen übertroffen; der Bauer droht zu versinken, wenn der Staat nicht helfend eingreift!

Der württembergische Bauer ist bei seiner starken Einstellung auf Vieh- und Milchwirtschaft besonders gefährdet; der am gestrigen Dienstag nach Ludwigsburg einberufene Große Bauerntag des Landw. Hauptverbands will diese Tatsache Oeffentlichkeit und Regierungen mit aller Dringlichkeit vor Augen stellen. Massenweise waren die Bauern zur Stelle; weit über das vorgesehene Gebiet der Bezirke Backnang, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn und Vaihingen hinweg war dem Ruf gefolgt worden. Der geräumige Saal des Bahnhotels mit allen seinen mit Lautsprechern ausgerüsteten Nebenräumen war vorzeitig schon überfüllt.

Landesökonomierat Foß-Ludwigsburg, der Vorsitzende des 5. Landw. Gauverbands, entbot der Versammlung herzlichen Willkommengruß. Insbesondere begrüßte er die große Zahl von Nichtlandwirten und Ehrengästen. Dann führte er unter anderem aus: Der Landwirt des württ. Unterlandes habe günstige klimatische Boden- und Absatzverhältnisse. Trotzdem habe sich auch seine wirtschaftliche Lage katastrophal verschlimmert. Trotz der anerkannten Tüchtigkeit, des unermüdlichen Fleißes, der sprichwörtlichen Genügsamkeit und Sparsamkeit unserer Landwirte stehen sehr viele Bauernbetriebe auch bei uns vor dem Zusammenbruch. Staat und Wirtschaft müßten auf die ungeheuren Gefahren mit allem Nachdruck aufmerksam gemacht werden, die zwangsläufig heraufbeschworen werden, wenn nicht schnellstens durchgreifend geholfen werde. Das schwäbische Landvolk verlange heute von seinen Führern und Berufsvertretungen ein energischeres Eintreten für seine Belange und zwar mit allen zu Gebote stehenden Mitteln! Die schwäbischen Bauern sind keine Revolutionäre. Sie haben die Methoden und Propagandamittel anderer Berufsgruppen immer abgelehnt. Die Erfahrung zeigt aber, daß die Landwirtschaft schlecht damit abgeschnitten hat. An Versprechungen hat es zwar nicht gefehlt, aber die Bauern wollen endlich Taten sehen!

Grußworte sprach ferner Oberbürgermeister Dr. Frank-Ludwigsburg, mit dem eine stattliche Vertretung des Gemeinderats zugegen war. Er wisse, daß der Zusammenbruch der landw. Erzeugerpreise einen Zusammenbruch der geschäftlichen Beziehungen des Landes zur Stadt bedeute. (Beifall!)

Dann nahm, von Beifall begrüßt, Freiherr von Lünink, Bonn das Wort. Er führte zu dem Thema „Ohne Rettung des Bauernstandes kein Wirtschaftsaufstieg" etwa folgendes aus: Die deutsche Landwirtschaft hat in den letzten Jahren aus eigenen Kräften ein ganz ungewöhnliches Maß von Fortschritt, von Rationalisierung ihrer Betriebe, von Verbilligung und Verbesserung erreicht. Sie hat wesentlich mehr geleistet als die deutsche Industrie und der Handel, die unter weit günstigeren Verhältnissen standen. Dies wurde mit entsprechenden Zahlen belegt. Gegenüber den Verlusten, die die deutsche Landwirtschaft durch die Vernachlässigung ihrer Produktionsbedingungen zugunsten der Industrie und des Handels, durch die dauernden Preisstürze, erlitten hat, spielen die Summen, die ihr in Form von Hilfsaktionen, Krediten und sonstigen Beihilfen in den letzten Jahren zugeflossen sind, eine durchaus untergeordnete Rolle. Man kann das Loch eines jährlichen Einnahmeausfalls von 3—3,5 Milliarden Mark nicht mit einigen Millionen Subventionen stopfen! Die bekannte, scharfe Entschließung des Reichslandbundes muß als ein heftiger Ausdruck der ungeheuren Verzweiflungsstimmung und tiefsten Verbitterung, die in der ganzen deutschen Landwirtschaft herrschen, angesehen und gewertet werden. Es ist, solange die Verkaufspreise der Landwirtschaft 20 Prozent unter den Vorkriegspreisen liegen und die Verkaufserlöse der Industrie und des Handels sich durchschnittlich 10 bis 20 Prozent über den Vorkriegspreisen bewegen, berechtigt, von einer Ausplünderung der Landwirtschaft zu sprechen.

Einzelmaßnahmen können keine wirkliche Besserung bringen. Es gibt keine andere Möglichkeit zur Rettung der deutschen Volkswirtschaft, als eine sympathische Umstellung auf die Stärkung des Binnenmarktes. Die völlige Verschiebung der Gleichgewichtslage zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion, wie sie sich im Mißverhältnis der Preise und in der unverhältnismäßig stärkeren Minderung des landwirtschaftlichen Einkommens ausprägt, ist die entscheidende Ursache der Wirtschaftskatastrophe Deutschlands. **Zur Zeit trägt ein Bauer — das Wort im weitesten Sinne genommen — 4—5 anderweit tätige Volksgenossen**, d. h., er sichert deren Ernährungsbedarf. Vernichtet man die Produktionsleistung oder Möglichkeit von einer Million Bauern bei einem Gesamtbestand von 5 Millionen Bauern, so schrumpft zwangsläufig der darauf beruhende Gesamtwirtschaftsorganismus um 20 Prozent ein, d. h. von insgesamt 25—30 Millionen Erwerbstätigen werden 5—6 Millionen erwerbslos.

Das zentrale Problem der Wiederaufnahme der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß kann nur gelöst werden, wenn diesem Teil des Wirtschaftsorganismus das ihm entzogene Fundament neugegründet wird, d. h., wenn die landwirtschaftliche Grundlage des nationalen Wirtschaftsorganismus verbreitert wird. Das ist die schlechterdings einzige Möglichkeit zu organischer Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsgesundung. Jede künstliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wird keine nachhaltige Besserung bringen. Die Krise der deutschen Volkswirtschaft ist nicht eine Folge von Entwicklungen der Weltkonjunktur, sondern eine Folge fehlerhafter Struktur der deutschen Wirtschaft. Unsere Wirtschaft bedarf einer Verbreiterung und Verstärkung der agrarischen Basis. Es ist der große Vorteil der deutschen Wirtschaftslage, daß sie im Gegensatz zu andern Wirtschaftsgebilden eine Verbreiterung ihrer Agrarbasis noch technisch durchführen und daß für diese vermehrte Produktion auch sicherer Absatz im Inland gewährleistet werden kann. Die Steigerung der landw. Erzeugung um die ersetzbare Einfuhr im Werte von 1,5 bis 1,7 Milliarden jährlich, würde die deutsche Agrarbasis um etwa 12 Prozent verbreitern und in gleichem Ausmaß eine Ausdehnung der Gesamtwirtschaft gestatten. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität würde alle sonstigen Regierungsmaßnahmen zur angeblichen Arbeitsbeschaffung unnötig machen.

Der deutsche Bauer als Gesamtheit kann mit der Kraft seiner Schollenverbundenheit die Herkulesarbeit einer vollen Ueberwindung der Gesamtwirtschaftskrisis vollbringen. **Er wartet darauf, daß die Reichsregierung das vor fast zwei Jahren, im März 1931, mit starker Mehrheit vom Reichstag angenommene Gesetz durchführt, durch das die Reichsregierung ausdrücklich verpflichtet wurde, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Preise der landw. Erzeugnisse relativ den Preisen der landw. Produktionskosten und der allgemeinen Teuerung anzupassen!** (Stürmischer, langanhaltender Beifall!)

Als zweiter Referent trat Generalsekretär Hummel an den Rednerpult. Sein Thema lautete: „Schluß mit der Preiskatastrophe in der Landwirtschaft!" Er führte u. a. aus: Die neueste Entwicklung der Preise für die wichtigsten landw. Erzeugnisse hat eine Form angenommen, die für den größten Teil der Betriebe das Ende bedeuten muß. Die seitherigen Maßnahmen beschränkten sich in der Hauptsache auf die Getreidewirtschaft. Trotz aller Versprechungen ist für die Veredelungswirtschaft so gut wie garnichts geschehen. Wenige Teilmaßnahmen mußten als solche auf halbem Wege stecken bleiben. **An dem Versagen der Agrarpolitik der Reichsregierung in der Vergangenheit sind nicht die Zölle schuld, sondern lediglich die Methode, mit der man die Zollfrage behandelte. Die verlangte Maßnahme durchgreifender Einfuhrkontingentierung, mit der das Ausland voranging, kann kein Ersatz für Zölle sein, sondern ist eine zwangsläufige, notwendige Ergänzung der bisherigen Handelspolitik. Die einzige Möglichkeit war und ist, das Ausland vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Folgen brauchen wir nicht zu fürchten, denn das in Frage kommende Ausland braucht Deutschland nötiger als umgekehrt. Daß Reichsernährungsminister von Braun sich dazu hergeben konnte, eine für das Volksganze verhängnisvolle Politik noch einmal zu decken, ist der württ. Landwirtschaft völlig unverständlich.** Der Versuch der Reichsregierung, auf dem Weg über eine Umgestaltung der Handelsvertragsbeziehungen Erleichterungen für die bäuerliche Wirtschaft zu erreichen, bedeutet zunächst wiederum einen unsinnigen, für die bedrohte Landwirtschaft unmöglichen Zeitverlust! Entscheidend ist ferner, daß das System der Meistbegünstigung noch weiter vertieft werden soll. Die durch die Nichtverlängerung und Kündigung einzelner Handelsverträge in Kraft tretenden autonomen Zollsätze bilden wiederum nur Teilmaßnahmen, denn ein großer Teil der für die süddeutsche bäuerliche Wirtschaft in Frage kommenden Handelsvertrags-Positionen wird dabei eine Aenderung nicht erfahren können!

Zum Fettproblem übergehend, erklärte der Redner, daß die Kontingentierung der Butter nur dann Sinn habe, wenn auch alle andern Verarbeitungsprodukte der Milchwirtschaft kontingentiert werden. Der Butterbeimischungszwang werde keine praktische Bedeutung haben. Das beizumischende Quantum sei lächerlich gering. Der bisherige scharfe Trennungsstrich zwischen Butter und Margarine sollte unter gar keinen Umständen verwischt werden. Die Preise für die wichtigsten Erzeugnisse bäuerlicher Wirtschaft haben einen solchen Tiefstand erreicht, daß sie in ein gesundes Verhältnis zu den Gestehungskosten der bäuerlichen Wirtschaft selbst dann nicht mehr gebracht werden können, wenn es gelänge, die Gestehungskosten in absehbarer Zeit erheblich zu senken. (Wesentliche Erleichterungen auf steuerlichem Gebiete, Senkung der Soziallasten u. a.) Am schlimmsten drücken unsere Bauern die durch die verhängnisvolle Wirtschaftspolitik erzwungenen Schulden. Tausende bäuerliche Betriebe sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. **Die hohen Zinsen und Tilgungsraten treiben unsere Bauern je länger je mehr zur Verzweiflung. Auch hier hat die Reichsregierung nichts Entscheidendes getan. Eine allgemeine Senkung der Zinsen hätte eine erhebliche Entspannung bringen können.** Vollstreckungsschutz und Vermittlungsverfahren können die Katastrophe nur hinausschieben. Das Vermittlungsverfahren z. B. kann in der württ. Landwirtschaft praktisch überhaupt nicht ausgenützt werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

da die gesicherten Gläubiger in weitaus den meisten Fällen die Einleitung des Verfahrens zu verhindern verstehen. An betriebswirtschaftlicher Selbsthilfe bleibt nicht mehr viel übrig. Die Zahlen über den Verbrauch künstlicher Düngemittel in der württ. Landwirtschaft im Herbst und über den Ankauf für das Frühjahr zeigen erschreckend, daß die Bauern gezwungen sind, sich auf das allermindeste zu beschränken. **Das Ende einer solchen Entwicklung muß ein Massensterben landw. Betriebe und für das deutsche Volk die Hungersnot sein!** Einer solchen Situation gegenüber kann es der Landw. Hauptverband, als die Berufsorganisation der württ. Landwirtschaft, nicht mehr verantworten, seinen Mitgliedern erneut Mut und Vertrauen zu den kommenden Maßnahmen der Regierung zuzureden. Geschieht auch jetzt wieder nichts grundsätzlich Entscheidendes, so muß ernsthaft mit Verzweiflungsschritten innerhalb des Bauernstandes gerechnet werden.

Auch diese Ausführungen nahmen die Bauernmassen mit heftigen Beifallsäußerungen auf. Ein Telegramm an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister wurde einstimmig angenommen. Es lautet:

„Tausende bei einer Kundgebung des Landw. Hauptverbands Württemberg-Hohenzollern und des V. Landw. Gauverbands in Ludwigsburg versammelten schwäbischen Bauern protestieren gegen den immer weiterschreitenden Zerfall der landw. Produktenpreise. Da die Reichsregierung bis jetzt noch nichts Entscheidendes unternommen hat, das den sicheren Ruin der bäuerlichen Wirtschaft aufzuhalten vermochte, greifen in unserem Gebiete Verzweiflungsstimmung und Radikalismus rasch um sich. In die von der Reichsregierung neuerdings in Aussicht gestellten Agrarmaßnahmen haben unsere Bauern auf Grund der bisherigen negativen Erfahrungen kein Vertrauen mehr. Die Aufforderungen an die Organisationen und deren Führer, Selbsthilfemaßnahmen zu organisieren, mehren sich von Tag zu Tag und es wird bald nicht mehr möglich sein, dieselben aufzuhalten. Die Verantwortung für die aus solcher Einstellung möglichen Folgen wird jedenfalls von den unterzeichneten Organisationen abgelehnt. Fordern nochmals in letzter Stunde durchgreifenden Schutz unserer bäuerlichen Wirtschaft und darüber hinaus sofortige Einleitung einer Südhilfe entsprechend dem Vorgang in anderen Reichsgebieten.

Landw. Hauptverband Stuttgart.
V. Landw. Gauverband."

Ein Begleitschreiben zu dem Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg fand ebenfalls mit großem Beifall die Zustimmung der Versammelten.

Dann nahm Präsident Dietlen des Landw. Hauptverbands das Wort. Er erklärte, daß der Landw. Hauptverband entschlossen ist, den Kampf um die Erhaltung der bäuerlichen Wirtschaft zu einem guten Ende zu führen. Der Verband werde seine letzten Kräfte aufbieten, er brauche dazu aber die Mithilfe der Masse der Bauern, deren entschlossenen Willen zu positiver Mitarbeit. Das kleine Opfer des Beitrags stehe in gar keinem Verhältnis zu dem Maß an Arbeit, das der Verband für die einzelnen Mitglieder und für die württ. Landwirtschaft insgesamt zu leisten hat. Der Bauer dürfe sich nicht von Leuten, die nicht seine Freunde sind, gegen seine eigene Organisation verhetzen und aufbringen lassen. Die Bauern müßten sich zu gut sein, derartige Bestrebungen zu unterstützen. **Nur Zusammenhalt und Einigkeit kann helfen. Wir dürfen die Flinte nicht ins Korn werfen, mit schwäbischem Fleiß und Ausdauer wollen wir unsere Felder weiter bebauen, wir müssen die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellen!**

Der Schluß der Versammlung gestaltete sich zu einem erhebenden Treuebekenntnis zum deutschen Vaterland. Am Vorabend des Gedächtnistages der Reichsgründung erklärte Landesökonomierat Foß, daß es unseren Feinden nicht gelungen sei, Nord und Süd zu trennen. „Es soll ihnen auch nie gelingen! Wir sind stolz darauf, deutsche Bauern zu sein!" Das Hoch auf das Vaterland wurde begeistert aufgenommen. Mit der ersten Strophe des Deutschlandlieds klang die von schwerer Not zeugende Bauernkundgebung aus.

Handel und Verkehr

Stammheim. (Holzverkauf). Zu einem am Montag in Stammheim abgehaltenen Holzverkauf aus dem Staatswald waren zahlreiche Liebhaber von Stammheim, Rentheim und Deckenpfronn erschienen. Zum Verkauf kamen 24 Rm. Buchen-, ca. 200 Rm. Tannenholz und 33 Flächenlose. Das Buchenholz fand Liebhaber, teils zum Ausgebot, teils ein wenig darüber. Auch das Tannenholz ging bis auf etwas über 20 RM., teils zum Anschlag, teils etwas darunter, gut ab. Am meisten waren die Flächenlose begehrt. Diese wurden meist über dem Anschlag, in einigen Fällen bis zum dreifachen Ausgebot, verkauft.

Stuttgart. (Häute- und Felleauktion.) An der letzten württ. Häute- und Felle-Auktion wurden für das württ. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30—49 Pfund 25—29 Pfg., 50 bis 59 Pfund 28—33 Pfg., 60—79 Pfund 32½—35 Pfg., 80—100 u. m. Pfund 41 Pfg.; Ochsenhäute 30—49 Pfund 24—24½ Pfg., 50—59 Pfund 34 Pfg., 60—79 Pfund 36—38 Pfg., 80—99 Pfund 28—35 Pfennig, 100 u. m. Pfund 35—36 Pfg.; Rinderhäute bis 29 Pfd. 34 Pfennig, 30—49 Pfund 31½—38 Pfennig, 50—59 Pfd. 41—44 Pfg. 60—79 Pfund 37½—42 Pfg., 80 u. m. Pfund 35—36 Pfg.; Bullenhäute bis 29 Pfund 23 Pfg., 30—49 Pfd. 24½—27½ Pfg., 50—59 Pfund 27½—31 Pfg., 60—79 Pfund 24—28½, 80—99 Pfund 19½ bis 24 Pfg., 100 u. m. Pfund 19—22 Pfg.; Kalbfelle bis 9 Pfund 48 bis 59 Pfennig, 9,1—15 Pfund 44½—49 Pfg., 15,1—20,1 u. m. Pfund 47 Pfg., Schußkalbfelle 30 Pfg., Schußfresser 12 Pfg. Tendenz: Bei zögernden Geboten gingen Kalbfelle mit leichten Abschlägen aus dem Markt. Bei Großviehhäuten war der Markt erheblich schwächer sie mußten sich Abschläge von 7—15 Prozent gefallen lassen.

Sprechsaal.

Die Gemeinde Birkenfeld zahlt, wie bekannt ist, den bei ihr beschäftigten Notstandsarbeitern einen Teil ihres Lohnes in Rabattmarken, die von den hiesigen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden beim Einkauf mit 10 Prozent von der Kaufsumme als bare Bezahlung angenommen werden. Dieser Rabatt bedeutet für die Geschäftsleute ein anerkennenswertes großes Opfer zugunsten der Gemeinde. Nun ist es in letzter Zeit mehrfach zu Anständen gekommen, indem behauptet wird, die Notstandsarbeiter seien geschädigt, weil sie die Ware bei den hiesigen Geschäften teurer bezahlen müßten, als ihnen der Einkauf in Pforzheim möglich wäre. Um der Sache auf den Grund zu gehen, hat sich eine neutrale Kommission gebildet aus Herren des Gemeinderats, des Vorstands vom sozialdemokratischen Verein und aus dem Kreise der Notstandsarbeiter selbst. Es wurden die für einen Haushalt gebräuchlichsten Artikel in Pforzheim eingekauft, mit Preisen versehen und dieselben Artikel aus einheimischen Geschäften mit Preisen versehen in einem hiesigen Schullokal zur Besichtigung gegenübergestellt. Eine Zahl hiesiger Hausfrauen aus allen Berufsschichten wurde eingeladen, um die Ware zu besichtigen und Vergleiche anzustellen. Es kann und muß im Interesse der hiesigen Geschäftswelt erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Vergleich die Kritik völlig und einwandfrei widerlegt hat. Die Preise der hiesigen Geschäftsleute sind durchweg im Rahmen gegenüber den auswärtigen, dagegen konnte festgestellt werden, daß die Qualität der hiesigen Ware teils besser war. Wo ein Preisunterschied überhaupt bestand, war er in schlechterer Qualität durchaus begründet. Dies war das einmütige Urteil sämtlicher an der Untersuchung beteiligten Personen. Es besteht demnach kein sachlicher Grund, die hiesigen Geschäftsleute auf die Seite zu schieben, im Gegenteil sollte jeder als Dank für das Entgegenkommen das hier verdiente Geld, soweit es möglich ist, auch restlos hier ausgeben. Der hiesige Geschäftsmann ringt stark um seine Existenz, ist aber immer noch einer der kräftigsten Pfeiler der Gemeindewirtschaft. Wenn diese Quelle für die Gemeinde nicht auch noch versiegen soll, haben wir alles Interesse daran, diesen Pfeiler zu stützen. Darum richten wir an alle, die es angeht, die Mahnung:

„Was hier zu haben ist kaufet am Platze",

ihr rettet damit dem hiesigen Geschäftsmann seine Existenz, nicht zuletzt im Interesse der Gemeinde und damit auch in eurem eigenen. Wir wissen selbst, daß man gegen die These „Kaufet am Platze" besonders mit Rücksicht auf unser benachbartes Pforzheim Einwände erheben kann. Aber die Sorge um die etwa 500 Erwerbslosen, die früher in Pforzheim beschäftigt waren, nimmt uns niemand ab. Sie durchzuhalten ist heute aus ausschließlich Sache unserer eigenen Gemeinde.

Birkenfeld, den 14. Januar 1933.

Gewerbeverein Birkenfeld.

Hinweise

(Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfg. die Zeile berechnet.)

Auf Veranlassung der Ortsgruppe Oberenztal des Alldeutschen Verbandes hält Herr Schriftsteller Karl Grube vom Alldeutschen Verband in Berlin den Vortrag „Der Bolschewismus im Vormarsch" am Donnerstag den 19. Jan. im Gasthaus Schumacher in Neuenbürg abends 8.15 Uhr. Ueber ein Drittel der deutschen Wirtschaft steht still. Die Finanznot ist ins Phantastische gewachsen, Erbitterung und Verzweiflung nehmen zu. Der Bolschewismus hat heute mehr Aussichten als jemals seit dem November 1918. Die SPD. radikalisiert sich, in der NSDAP. steigert sich der Einfluß marxistischer Gedanken. Droht eine Revolution? Was kann geschehen, sie zu verhindern? Was kann geschehen zur Abwehr?

Wie zur Zeit der Kerenski-Regierung in Rußland, so lebt heute ein sehr großer Teil des Bürgertums trotz gelegentlicher Furchtanwandlungen doch im ganzen ziemlich ahnungslos dahin und hofft, alles werde schon gut werden. Eine solche Auffassung ist mehr als Leichtsinn, sie ist Verbrechen; Verbrechen insbesondere gegenüber den Millionen unserer Volksgenossen, die heute hungern, und denen wir zu helfen verpflichtet sind. Der Kampf gegen den Bolschewismus ist nicht Polizeipflicht, sondern eine Pflicht der völkischen Aufbauarbeit.

Zu zahlreichem Besuch der überparteilichen Veranstaltung wird hiemit eingeladen.

Bei Unbehagen und Schmerzen
Pyramidon TABLETTEN
Das bewährte Standardpräparat und unschädliche Hausmittel
In allen Apotheken erhältlich zum Preise von Rm. 0.89, 1.30, 1.85. Nur echt mit dem Namenszug „Remedia" auf jeder Packung.

L.K. Heute abend **Singstunde.**

Wer Interesse an der Gründung eines

Handharmonika-Vereins

hat, möge sich am **Freitag den 20. Januar 1933** abends ½8 Uhr, in der **„Traube" zu Neuenbürg** zu einer zwanglosen Besprechung einfinden.

Auskunft gibt auch bereitwilligst Herr **König,** Autogeschäft.

Neuenbürg, 18. Januar 1933.

Am 14. Januar verschied nach langer schwerer Krankheit mein guter, unvergeßlicher Vater

Georg Helwig

im 70. Lebensjahr.

In tiefem Leid:
Emma Helwig.

Die Einäscherung hat in Pforzheim stattgefunden. Die Asche wird auf dem Familiengrab in Frankfurt/Main — Hauptfriedhof — beigesetzt.

Mädchenbund Neuenbürg.

Sonntag, 22. Januar, nachmittags 4 Uhr,
Wiederholung der Aufführung
„Jedermann"
in der städt. Festhalle.

Eintritt 40 Pfg., für Jugendvereine frei. Auch Auswärtige sind herzlich eingeladen!

Senden Sie Ihren Angehörigen im Ausland ständig das Heimatblatt, den „Enztäler".

Kunden werben?

Das Zaubermittel:
einfach, zuverlässig, sparsam:

Die Zeitungsanzeige!